Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Goldpfennig = 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 6980—88. Postscheck-Konten Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Freitag, 2. Mai 1924

2. 5. a — Nr. 206 — 100 Milliarden — 63. Jahrgang.

Deutsch-polnischer Notenwechsel.

Die Verhaftungen in Deutsch-Oberschlesien.

W. T. B. meldet:

Die polnische Regierung hat in der polnischen Presse Mitteilungen über eine Note verbreitet, die sie anläßlich der Verhaftungen ehemaliger Aufständischer in Deutsch-Oberschlesien durch ihre Gesandtschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt hat überreichen lassen. In dieser Note war u. a. gesagt, daß die Verhaftungen eine begreifliche Erregung der Bevölkerung Ost-Oberschlesiens hervorgerufen hätten, und daß sie nicht zu friedlichen Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung beitragen können. Auf diese Verhaftungen, die offensichtlich lediglich den Zweck verfolgten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung von den inquisitorischen Ost-Oberschlesien vorgenommenen Verhaftungen Deutscher abzulenken hat das Auswärtige Amt der polnischen Regierung in einer Antwortnote sofort entgegengehalten, daß es sich bei den Verhaftaten in Deutsch-Oberschlesien um Reichsangehörige handele, die eine ausländischen, nachgewiesenermaßen auf die Lossrennung deutscher Gebietsteile hinarbeitenden Geheimorganisation als Mitglieder angehörten, und daß es im übrigen ausschließlich den terroristischen Treiben der polnischen Insurgentenverbände zu verdanken sei, wenn sich die dringend erwünschte Beruhigung in den beiden Teilen des ehemaligen Abstimmungsgebietes immer noch nicht einstellen wolle.

Inzwischen haben die Bedrohungen der deutschen Bevölkerung Ost-Oberschlesiens Formen angenommen, die das Schlimmste befürchten lassen, zumal der polnische Sejm am 4. April b. J. einen Dringlichkeitsantrag angenommen hat, der die Regierung auffordert, als Vergeltung für die in Deutsch-Oberschlesien vorgenommenen Verhaftungen die in Ost-Schlesien ansässigen Reichsdeutschen auszuweisen. Die Reichsregierung hat sich infolgedessen veranlaßt gesehen, in einer weiteren Note, die am 25. April d. J. in Warschau überreicht worden ist, mit Nachdruck auf die außerordentlich ernsten Folgen hinzuweisen, die ein Anhaltern der bedrohlichen Lage, wie sie sich für die Deutschen in Ost-Oberschlesien herausgebildet habe, notwendigerweise für die Beziehungen der beiden Länder mit sich bringen müsse, und im übrigen der Erwartung Ausdruck zu verleihen, daß sich die polnische Regierung auch überzeugen werde, daß Ausweisungen bekriegen werde, daß für sie kein Anlaß zu Vergeltungsmaßregeln vorhanden ist, wenn Deutschland gegenüber seinen eigenen Staatsangehörigen von den Machtmitteln des Staates Gebrauch macht.

Die Ausweisungen.

Im Anschluß an die Besprechungen im englischen Unterhaus über die Zahl der aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen Deutschen wird uns an unterrichteter Stelle mitgeteilt, daß die Zahl der Beamten und Arbeiter der Eisenbahn, die ausgewiesen worden waren, 26 000 beträgt. Die Zahl ihrer mitausgewiesenen Angehörigen beläuft sich auf 63 000. Zurückgekehrt sind bisher 4000 Beamte und Arbeiter. Wie groß die Zahl ihrer zurückgekehrten Angehörigen ist, hat sich noch nicht feststellen lassen. Man schätzt sie auf etwa 7000 bis 8000 Personen.

Schulbesuch der Kinder Ausgewiesener.

Essen, 1. 5. (W. T. B.) Die Besatzung hat folgende Mitteilung an den Oberbürgermeister gelangen lassen: Die Aufmerksamkeit der kommandierenden Generale der Armee ist auf die Lage der minderjährigen Kinder einer Reihe von Ausgewiesenen gelenkt worden, die infolge des Aufenthalts ihrer Eltern im unbesetzten Gebiet die Schule ihrer Konfession nicht besuchen können (besonders die Katholiken). Um diesen Zustand zu ändern, ist von dem ab gestattet, daß die Kinder, die sich in dieser Lage befinden, frei in das besetzte Gebiet hineinkommen können, vorausgesetzt, daß sie jünger als 16 Jahre sind. Von diesem Alter ab sind sie den gleichen Bestimmungen wie über den Verkehr von Personen vorgesehenen Formalitäten unterworfen. Die Minderjährigen über 16 Jahre können die gleiche Vergünstigung erhalten, nachdem sie den Nachweis erbracht haben, daß die Genehmigung für vorläufigen Aufenthalt erhalten haben. Diese Nachnahmen oder Genehmigungen werden von dem Kommandierenden Divisionsgeneral gemacht, jedoch nur dann, wenn nachgewiesen wird, daß das Interesse der Kinder oder des ihrer Familie es erforderlich macht.

Die Kriegsschuldfrage und die christlichen Eisenbahner.

Koenig, 2. 5. (T. U.) Auf der hier tagenden Konferenz der Internationalen christlichen Eisenbahnergewerkschaften nahm der Vertreter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner Stellung zur Kriegsschuldfrage. Brennlassung hierfür waren entsprechende Bemerkungen der französischen Delegierten, die bereits auf dem vorjährigen Kongreß und auch diesmal wieder Deutschland der Kriegsschuld beschuldigten. Der deutsche Vertreter Brune, der zweiter Vorsitzender der Internationale ist, trat dieser Behauptung sehr energisch entgegen und machte das Verbleiben seiner Gewerkschaft in der Internationale von der einstimmigen Annahme einer Erklärung abhängig. In dieser Erklärung wurde die Behauptung, Deutschland sei schuld am Kriege, zurückgewiesen, und betont, die Einstellung der französischen Gewerkschaften in dieser Frage sei nicht geeignet, das internationale Zusammenarbeiten der christlichen Arbeitergewerkschaften zu fördern und zu festigen. Diese Erklärung wurde nach einer sehr erregten Debatte von der Versammlung, auch von der französischen Delegation, angenommen. Die sachlichen Beratungen konnten daraufhin aufgenommen werden.

Washington, 2. 5. (T. U.) Die Friedenskonferenz in Honduras hat zu dem Ergebnis geführt, daß der General Tosta zum provisorischen Präsidenten der Republik ernannt worden wird.

Berliner Kurse vom 2. 5.:

Dollar: unverändert Zuteilung 1 %
Pfund: „ 18,50 Bill. Zuteilung 1%

Theunis und Hymans bei Mac Donald.

Der belgische Sicherungsvorschlag abgelehnt.

a. London, 2. 5. (Eigenbericht.)

Die belgischen Minister sind gestern abend, wie bereits gemeldet, in London angekommen und werden heute ihre Verhandlungen mit MacDonald beginnen. Es wird allgemein angenommen, daß sich die Verhandlungen ausschließlich um die Ruhrfrage drehen werden, insbesondere um die Frage, wie weit die wirtschaftliche Freiheit des Ruhrgebietes durch die weitere Anwesenheit französischer Truppen gestört werde. In der Eisenbahnfrage sollen die Belgier einen neuen Vermittlungsvorschlag machen. Die Sicherheit der französischen Truppen an der Ruhr soll nach diesem Vorschlag dadurch garantiert werden, daß in die Satzungen der neuen deutschen Eisenbahnverwaltung entsprechende Bestimmungen aufgenommen werden. Der belgische Vorschlag, daß die Reparationskommission mit der Aufgabe betraut werden soll, festzustellen, ob die Durchführung der Vorschläge in Kraft getreten sei und ob daher die Umwandlung der „Pfänder" zu erfolgen habe, wird auf englischer Seite abgelehnt.

Der amerikanische Bankier Morgan ist mit seiner Gattin auf dem Dampfer „Homeric" nach New York abgereist.

„Daily Telegraph" aufolge hatte der belgische Botschafter in London, Baron Moncheur, gestern nachmittags eine Besprechung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Lord Curzon, um ihn mit dem Wunsche der belgischen Regierung die Möglichkeit von Verhandlungen zwischen beiden Ländern zu eröffnen, bekannt zu machen.

*

„Times" berichtet, daß der rumänische Außenminister Duca gestern eine Besprechung mit Ramsay Mac Donald im Unterhaus hatte und später auch beim Schatzkanzler vorsprach.

Die Auffassung in Brüssel.

London, 2. 5. (W. T. B.) Der Brüsseler Korrespondent der „Times" schreibt, der Besuch der belgischen Minister in London und sein Einfluß auf die internationale Lage habe gestern nachmittags das Hauptgesprächsthema in den Wandelgängen der belgischen Kammer und des belgischen Senats gebildet. Wenn auch die Minister erklärt haben, sie kämen nicht als Vermittler zwischen Großbritannien und Frankreich zum deutschen Premierminister, so sei doch die allgemeine Ansicht, daß sie in der Lage sein könnten, den französischen und den britischen Standpunkt über derartig wichtige Fragen, wie die Besetzung des Ruhrgebiets, zu verstehen. Für Belgien sei die Besetzung des Ruhrgebiets stets Mittel und nicht Zweck gewesen. Die belgischen Truppen würden nicht einen Tag länger als notwendig im Ruhrgebiet bleiben. Sobald greifbare Garantien durch Deutschland gegeben worden seien, und zwar hauptsächlich Garantien materiellen Charakters, werde das augenblickliche Regime im Ruhrgebiet radikal verändert werden.

Liberale und Arbeiterpartei.

London, 2. 5. (T. U.) Die Arbeiterregierung hatte gestern abend die Mitglieder der parlamentarischen Labour Party zu einer Besprechung in den Unterhaus gebeten. Zur Sprache gelangte das Ultimatum, das Asquith in der Frage des Proportionalwahlsystems gestern an Ramsay Mac Donald gerichtet hat. Im Verlauf der Debatte wurde beschlossen, daß jeder Abgeordnete abgeordnete nach persönlichem Gutdünken an der heute stattfindenden Abstimmung über die Wahlvorlage sich beteiligen solle. Asquith hatte volle Unterstützung durch die Arbeiterpartei verlangt. Die negative Einstellung der Arbeiterpartei wird ohne Zweifel den Gegensatz zwischen den Liberalen und der Labour Party verschärfen.

Im Unterhaus sagte Schatzkanzler Snowden im Laufe der Budgetdebatte, er hoffe in dieser Session eine Gesetzesvorlage einzubringen, die Personen die Arbeit in Kneipen verbieten und die Bedingungen verbessere, unter denen die Alterspensionen gewährt werden sollen.

Der Konflikt im englischen Bergbau.

London, 2. 5. (T. U.) Bei der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses im Bergbau erklärte der Präsident des Bergarbeiterverbandes, Herbert Smith, daß der Vorschlag der Bergleute, die ehrliche Arbeit hätten, die Entscheidung des Untersuchungsausschusses anzunehmen, das würde einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur gütlichen Lösung des Konfliktes bedeuten.

*

Brüssel, 2. 5. (T. U.) Der gemischte nationale Ausschuß im Bergbau hat nach längeren Verhandlungen, die einen sehr bewegten Verlauf genommen haben, nunmehr beschlossen, daß der Lohn der Bergarbeiter von ersten Sonntag im Mai ab um 6 % heraufgesetzt wird.

Ein neues Tauschgeschäft Frankreichs?

Paris, 2. 5. (T. U.) Der Londoner Berichterstatter der „Humanité" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die französische Regierung Mussolini das Anerbieten mache, eine Anleihe in der Schweiz unterzubringen. Für das Zustandekommen der Operation habe die französische Regierung dem Bundesrat die Wiederherstellung der Freizone versprochen.

„Matin" gegen „Humanité".

Paris, 2. 5. Heute nachmittag wird der Prozeß des „Matin" gegen die „Humanité" wegen der Veröffentlichung über die „Bestechlichkeit der französischen Presse" beginnen. Die Zeitschriften der „Humanité" werden die von der „Humanité" veröffentlichten Schriftstücke verlesen und erklären.

Neue spanische Partei.

Madrid, 2. 5. (W. T. B.) In einer Kundverfügung an die Gouverneure und Regierungsbeigeordneten fordert das Direktorium zum Eintritt der Wahlberechtigten in die neue Partei „Union Patriotica" auf. Jegliche Agitation der früheren politischen Gruppen wird verboten. Gleichzeitig wird die Vorbereitung gesunder und kräftiger Organisationen als Grundlage der zukünftigen Regierung und weder die Lösung des Marokkoproblems als wichtigste Aufgabe des Direktoriums bezeichnet.

Frankreichs strategische Bedenken.

Regie und Okkupationstruppen.

sf. Paris, 2. 5. (Eigenbericht)

Samstag nachmittag treffen die belgischen Minister bereits in Brüssel wieder ein. Der „Matin" meldet hierzu, die strittige Frage ist jetzt bereits eingeschränkt, weil niemand mehr gegen die Beteiligung der französischen Gutachtenen im Ruhrgebiet eine Einwendung habe (?) und weil die Anerkennung der „Pfänder" abgelehnt werden solle, sobald der Reichstag die nötigen Gesetze im Sinne der Schatzverständigenkonkliste beschlossen haben werde. Aber das Blatt stellt eine neue Forderung auf: Die 10 000 französischen und belgischen Eisenbahner, die nach Ansicht des „Matin" eine bewundernswürdige Arbeit in dem Okkupationsbezirk geleistet haben sollen (?), müßten in der Lage sein, den Betrieb bei drei bis vier Linien aufrecht zu erhalten, die für die Okkupationstruppen als unentbehrlich bezeichnet werden. Ihre Anwesenheit stehe dem finanziellen Gesetz der Ruhrkohlen ebenso wie die Anwesenheit der französischen Soldaten im Ruhrgebiet im Wege! Aber es sollen nicht gleich die Bedingungen für ihre Verstärkung festgestellt werden. Andererseits seien sie unentbehrlich zur Sicherung der Verpflegung der französischen Garnisonen, die man dem guten Willen der Deutschen nicht überlassen könne.

Reuter meldet, es herrsche sich bei den belgisch-englischen Ministerkonferenzen nur um eine einfache Aussprache, aber sie seien bemerkenswert, weil die Belgier den Engländern jetzt auch den französischen Standpunkt auseinandersetzen könnten. Es sei dies die erste direkte Besprechung des englischen Premierministers mit französischen und belgischen Ministern seit der Ruhrbesetzung.

Es wird gemeldet, daß der italienische Botschafter Bodrati sich von seinen Kollegen abbeitet halte. „Matin" meint, diese Haltung wäre, wenn sie sich bestätigen sollte, eine Ueberreichung einer überflüssigen Versuch. „Journal Industriel" begründet diese Haltung Italiens damit, daß dieses Land keine Ruhrbesetzung habe und daher seine Truppen nicht zu schützen brauche.

Die Note der Botschafterkonferenz soll auf den Rat Englands erst nach den deutschen Wahlen abgeschickt werden, um in Deutschland keine Erregung hervorzurufen. Sie soll die Mitteilung enthalten, daß die Botschafterkonferenz die militärische Kontrolle baldigst wieder aufnehmen werde, und daß die angenblicklichen Schwierigkeiten nicht als Zusammenzug zu der bisherigen abkehrenden Haltung [illegible] aufgefaßt werden dürfen.

*

Amsterdam, 2. 5. (W. T. B.) „Nieuwe Handelsblad" schreibt, die Haltung der französisch-belgischen Besatzung sei weiterhin derartig, als ob niemals die Rede von einer Wiederherstellung der deutschen Souveränität sein solle. Es gehe immer wieder aus den Verordnungen der Behörden hervor, bewußtlos kommt die französische und die belgische Zone in Betracht kommt. Im Gegenteil, man hat sich sogar bereitgemacht, daß man in Deutschland Erstaunen über die Note der Alliierten äußere, in der die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Tätigkeit gewisser Organisationen gelenkt werde. Es sei wirklich etwas sonderbar, die deutsche Regierung für eine solche Aktion im besetzten Gebiet verantwortlich machen zu wollen, nachdem man ihr das Recht, ihre Autorität auszuüben, so gut wie entzogen habe.

Poincarés Politik im französischen Lichte.

Paris, 2. 5. (W. T. B.)

„Oeuvre" schreibt, in dem Augenblick, in dem die gesamte Welt sich um den Frieden bemühe, bleibe immer noch ein Mann, der entschlossen sei, diese Absicht zu durchkreuzen. Bergebilig habe Präsident Coolidge am 22. April seine Rede über den Bericht Dawes gehalten, aber diesmal scheine es, daß sich nicht Mahnreden anschließen zu wollen, welche die Durchführung der Sachverständigenvorschläge behindern müßten und damit auch die Unterbringung der internationalen Anleihe. Selbst die belgische italienische Presse widersprechen dem „Correire Italiano" schreibe, wenn Frankreich den Plan Dawes sabotieren wolle, dann würden Belgien, Italien und Großbritannien sich dem widersetzen. Ebensowenig wie er sich um den Sachverständigenbericht kümmere, kümmere er sich um den „Bericht" von Versailles.

Auch „Ere Nouvelle" tadelt die Politik Poincarés. Das Bürgertum der französischen Regierung im Ruhrgebiet, sagt das Blatt, habe in Deutschland soll eine nationalistische Krise zur Folge gehabt. Das Eingreifen der Sachverständigen habe die beschwichtigt, aber die in der Ferne geriebte Gefahr würde im Galopp zurückkehren, wenn Frankreich den Bericht Dawes verwerfe. Für Frankreich sei es traurig, festzustellen, daß die französische Politik, die ehemals die Völker, die die Demokratie wollten, gefährdet habe, heute als die Hauptursache einer reaktionären Bewegung in Mitteleuropa dastehe.

*

Zu der Pariser Meldung, daß deutsche Mitglieder der Organisationsausschüsse in Paris eingetroffen seien, hören wir von unterrichteter Seite, daß bisher keine der deutschen Mitglieder nach Paris abgereist ist.

Japan beteiligt sich an der deutschen Währungsbank.

London, 2. 5. (W. T. B.) Einer Agenturmeldung aus Tokio zufolge hat die japanische Regierung beschlossen, an der Errichtung der geplanten deutschen Währungsbank teilzunehmen und ihren Beitrag zu dem Kapital der Gesellschaft der Bank von England, sich mit 500 000 Pfund zu beteiligen, stattzugeben.

*

Paris, 2. Mai. (T. U.) Die Morgenblätter veröffentlichen eine offizielle Mitteilung, die besagt, daß entgegen den von englischer Seite verbreiteten Nachrichten von dem bevorstehenden Abschluß eines Bündnisvertrages zwischen Frankreich und Japan nicht die Rede sein könne. Der Generalgouverneur von Indochina, Martin, werde während seines Aufenthalts in Tokio höchstens Besprechungen, betreffend das zurzeit vorbereitete Handelsabkommen zwischen Frankreich und Japan führen.

Nach einer Meldung aus Madrid hat der König von Spanien den Vorsitzenden des Internationalen Arbeitsamts in Genf, Albert Thomas, empfangen.

Wie der Franken gestützt wurde.

Die Sachverständigen waren um ihre Vorschläge besorgt.

a. London, 2. 5. (Eigenbericht)

Wie haben seinerzeit auf die politischen Gründe der englisch-amerikanischen Stützungsaktion des französischen Franken und besonders auf die offenbares Zusammenhängen mit der Regelung der Reparationsfrage aufmerksam gemacht. Im „Daily Telegraph" werden jetzt sehr interessante nähere Einzelheiten über diesen Gegenstand bei der Oeffentlichkeit. Danach haben die amerikanischen Mitglieder der Sachverständigenkommission befürchtet, daß durch den Sturz des Franken alle ihre Arbeiten vernichtet würden. Die wandten sich deshalb zunächst an die amerikanische Regierung um Hilfe für die französische Währung. Nachdem diese abgelehnt hatte, traten die Sachverständigen mit Morgan in Verbindung. Es wurde vereinbart, daß Frankreich die notwendigen Kredite erhalten solle unter der Bedingung, daß es den Bericht sofort annehme und die wirtschaftliche Einheit Deutschlands anerkenne. Auf diese Vereinbarung sei es zurückzuführen, daß Barthou in der Reparationskommission die Vorschläge mit so überraschender Schnelligkeit annahm.

Die früher an dieser Stelle ausgesprochene Ansicht, daß durch finanzielle Aktionen dem weiteren Verlauf der Reparationsregelung vorgegriffen worden sei, findet also durch diese Mitteilung aus englischer Quelle ihre vollste Bestätigung; leider aber dürfte für die Praxis am wichtigsten die Tatsache sein, daß am Schluß des Artikels im „Daily Telegraph" gesagt wird, daß die bereffende Vereinbarung zwischen der französischen Regierung und den amerikanischen Sachverständigen nicht schriftlich, sondern nur mündlich im Laufe privater Verhandlungen getroffen worden ist. In diesem Fall wird Poincaré gewiß nicht um einen Ausweg verlegen sein.

*

„Daily Telegraph" berichtet aus New York, daß die National City Bank, das größte Finanzinstitut in den Vereinigten Staaten, öffentlich genehmigen mit anderen finanziellen und kaufmännischen Unternehmungen für die Verminderung der Schuldenlast der alliierten Kriegsschulden an Amerika einsetzen. In ihrem Monatsbericht weist die Bank die Amerikaner darauf hin, daß die Annahme des Reparationsplanes der Sachverständigen ein formelles Ersuchen von seiten Europas zur Verminderung der Schuld an die Vereinigten Staaten nach sich ziehen werde und daß die Amerikaner bereit sein müßten, eine Antwort zu erteilen. Der Bericht betont, daß der Sachverständigenplan eine wesentliche Verminderung der Reparationssumme bedeute.

Vereidigung in Athen.

Athen, 2. 5. (W. T. B.)

Gestern vormittag wurde aus Anlaß der Errichtung der Republik in der hiesigen Kathedrale ein feierliches Tedeum abgehalten. Der Präsident der Republik, die Minister und alle Diplomaten wohnten der Feier bei und leisteten den Treueid für die Republik. Am Nachmittag fand auf dem Marsfelde die feierliche Vereidigung der Armee auf die Republik statt.

*

st. **Wien**, 2. 5. (Eigenbericht) Die griechischen Monarchisten haben in der Presse einen Aufruf erlassen, in dem sie Neuwahlen für die Kammer fordern. Der Aufruf ist, wie das unter den drakonischen Gesetzen zum Schutze der jungen Republik nicht anders der Fall sein könne, in vorsichtigem und verständlichem Tone gehalten. Er weist darauf hin, daß die feste Volksabstimmung den Monarchisten, auch nach den offiziellen Angaben, 35 % aller Stimmen gab, daß also die Monarchisten unter allen Umständen eine sehr bedeutende Partei im Lande bilden, und es sei vollkommen unnormal, daß sie keinen einzigen Abgeordneten im Parlament hätten, und daß ohne ihre Mitwirkung regiert werde. Hingegen seien die Flüchtlinge, die die griechische Heimat nur wenig kennen, und die nicht mit ihrem Boden verwachsen sind, sehr reichlich in der Kammer vertreten, sie seien die Gesetzgeber über die autochthone Bevölkerung geworden.

Der Meinung der Monarchisten gemäß, gehört ihnen zum mindesten ein Drittel der Sitze im Parlament. Sie erstreben vorläufig keine Aenderung der Verfassung, sie wollen aber an der Regierung teilnehmen, die sich ohne sie nicht als Vertreterin der griechischen Nation hinstellen dürfe. Auch die Venizelisten sind zum großen Teil aus dem Parlamente ausgeschieden. Bevor also Neuwahlen stattgefunden haben, [illegible] die politischen Verhältnisse in Griechenland nicht als vollkommen normal bezeichnet werden.

Die russisch-holländischen Verhandlungen.

Rotterdam, 2. 5. (W. T. B.) Der „Rotterdamsche Courant" meldet aus Berlin: Die in den niederländisch-russischen Verhandlungen eingetretene Pause ist darauf zurückzuführen, daß die niederländische Delegation ihre Regierung von der Auffassung der Russen bezüglich der Verhandlungen verständigte und jetzt auf Instruktionen wartet. Die Russen haben ihre Regierung ebenfalls von dem durch die niederländischen Delegierten entwickelten Gesichtspunkt unterrichtet und bereits aus Moskau Antwort erhalten. Sie sind bereit, die Beratungen fortzusetzen.

In Erwiderung auf eine Anfrage über die niederländisch-russischen Verhandlungen antwortete der Minister des Aeußern von Karnebeek in der Kammer, der Standpunkt der Regierung in dieser Frage sei unverändert. Die Verhandlungen in Berlin würden auf der Grundlage geführt, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Holland und Rußland wieder aufgenommen werden sollen, vorausgesetzt, daß eine befriedigende Regelung der zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen erreicht werde.

*

Der holländische Finanzminister Colijn teilte in der Ersten Kammer mit, daß für das laufende Finanzjahr mit einem Defizit von 40 Millionen Gulden gerechnet werden müsse. Es werde noch eine schwebende Schuld von 115 bis 120 Millionen zu konsolidieren sein, und man könne erwarten, daß hinnen kurzem für das ordentliche Haushalt noch 175 bis 200 Millionen und für den außerordentlichen Haushalt 125 bis 150 Millionen, zusammen eines 350 Millionen Gulden geliehen werden müßten.

Krisenstimmung in Australien.

Bruce befürchtet einen Regierungssturz.

London, 2. 5. (T. U.)

Wie der „Daily Mail" aus Melbourne gemeldet wird, rechnet man in Australien mit einer Regierungskrise. Der Premierminister Bruce sagte, es bestehe die Gefahr, daß die Regierung zurücktreten müßte. Die Krise wird hauptsächlich auf Meinungsverschiedenheiten zurückgeführt, die zwischen zwei Richtungen im Kabinett entstanden sind.

Das Schiffahrtsprogramm der australischen Regierung sieht für die nächsten 9 Jahre den Bau von 4 „leichten" Kreuzern (10 000 Tonnen-Kreuzer) und mehreren Unterseeboten vor. Ein jedes der Unterseeboote soll ungefähr 250 000 Pfund kosten.

*

In Australien, dem von Europa am weitesten entfernten Kontinent, haben in den letzten Wochen die innerpolitischen Verhältnisse eine bewartige Verschärfung erfahren, daß ernschwiedende Rückwirkungen auf die internationale Politik überhaupt, insonderheit aber für das britische Empireinteresse zu erwarten sind.

An der Spitze des australischen Staatenbundes steht seit Januar 1923 Ministerpräsident Bruce, der in der Mitte der dreißiger Jahre stehe. Während sich sein Vorgänger Hughes auf die Nationalisten gestützt hatte, einer neuen Partei, die er nach der Sprengung der Arbeiterpartei zu bilden versuchte, gelang Bruce eine Koalition zwischen den Liberalen, denen er [illegible] angehört, und der Landpartei, die unter Führung von Dr. Page steht. Allerdings beirug die Regierungsmehrheit nur wenige Stimmen.

Bruce hat sich dann im Winter vorigen Jahres auf der Reichskonferenz in London durch sein offenes Hervortreten dem Vater gemacht. Aber er ist zu lange von seinem Lande ferngeblieben, wohin er erst Anfang dieses Jahres zurückkehrte. Das gab der australischen Arbeiterpartei Gelegenheit, eine wirkungsvolle Propaganda für ihre Ziele im Werk zu setzen mit dem Erfolg, daß nach den kürzlichen Wahlen in den Einzelstaaten mehrfach die liberalen Kabinette Arbeiterregierungen weichen mußten. So hat Australien, das im vorigen Jahre nur eine Arbeiterregierung in einem Einzelstaat besaß, jetzt deren vier, nämlich in Queensland, Tasmanien, West- und Südaustralien. Da nun außerdem in der Regierungskoalition selbst Spaltungen eingetreten sind, befürchtet Bruce das Ende seiner Regierungstätigkeit. Damit wäre auch für die Verwaltung des Staatenbundes der Weg für eine Arbeiterregierung frei, die in Australien wesentlich radikaler als in England ist.

Eine solche Arbeiterregierung würde wahrscheinlich die von Bruce in Angriff genommenen engeren Verteidigungsbündnisse Londons nicht übernehmen, zu denen der Ministerpräsident geschritten war, als Mac Donald den Ausbau von Singapore anbielt, der gegenüber den Dominien Australien und Neuseeland eine Stütze im Pazifik geben sollte. Ob die neue australische Regierung loyal im Rahmen des britischen Reiches bleiben oder die vielfach im Lande mit Mißtrauen gerieten Tendenzen verfolgen wird, läßt sich jetzt noch nicht entscheiden.

Amerikanische Intervention auf Kuba?

Paris, 2. 5. Der Korrespondent der „Chicago Tribune" in Washington telegraphiert, eine amerikanische Intervention in Kuba sei infolge der dort aufgetretenen Revolution besprochen worden; man glaube, daß ein Teil der atlantischen Flotte beauftragt sei, in Kubanischen Gewässern zu kreuzen. Im Marinedepartement wird jedoch zunächst strengstes Geheimnis bewahrt. Obwohl bisher über den Verlust amerikanischer Menschenleben und eventueller Zerstörungen amerikanischen Eigentums noch keine Nachricht eingelaufen ist, weiß man, daß Präsident Coolidge und Staatssekretär Hughes die Lage aufmerksam verfolgen und sich auf alles gefaßt machen.

New York, 2. 5. (T. U.) Wie aus Havanna gemeldet wird, dauert der Aufstand in der Provinz Santa Clara noch fort. Am Dienstag revolierte in der Nähe von Las Villas ein Detachement der Polizei und bemächtigte sich des Stadthauses von San Juan de los Pirros, aus dem es jedoch nach heftigem Feuergefecht vertrieben werden konnte.

Blutige Maifeier in Gera.

rl. Leipzig, 2. 5. (Eigenbericht) Aus Gera wird gemeldet, daß es an mehreren Stellen der Stadt zu blutigen Unruhen kam. Nach der Maifeiersammlung der Kommunisten in der vorstädtischen Turnhalle bildete sich ein Demonstrationszug. Die Polizei forderte zur Auflösung des Zuges auf und nahm daraufhin von den Kommunisten mit Knüppeln angegriffen. Ein größeres Polizeiaufgebot säuberte mit Gummiknüppeln die Straßen, wobei mehrere Verletzte auf dem Platz blieben. In vielen Fällen erhielten weitere Zusammenstöße, namentlich mit provozierenden Hitler-Leuten, mit wütten Schlägereien, bei denen mehrere Schüsse schwer verletzt wurden. Sieben Polizeibeamte mußten mit schweren Kopfverletzungen vom Platz getragen werden.

*

Zu den Zusammenstößen in Hindenburg erfahren wir, daß bis jetzt die Zahl der Opfer auf 3 Tote und 5 Verletzte erhöht hat.

Auflösung des Reichsministeriums für Wiederaufbau.

Auf Beschluß des Reichskabinetts gelangt nunmehr das Reichsministerium für Wiederaufbau zur Auflösung. Die Fortführung der bisher in diesem Ressort erledigten Arbeiten ist vom Reichsfinanzministerium übernommen worden. Aus diesem Anlaß scheidet der Staatssekretär Dr.-Ing. e. h. Gustav Müller aus dem Reichsdienst aus, in dem er 28 Jahre auf wirtschaftlichen und handelspolitischen Gebieten in den verschiedensten Stellungen tätig gewesen ist.

Staat und Schlichtung.

Von
August Winnig.

Das heutige Schlichtungswesen geht von dem Gedanken aus, daß der Staat zum Wohle des Ganzen trachten muß, Arbeitskämpfe unnötig zu verhüten. Dieser Grundgedanke trägt sein eigenes Recht in sich. Wie immer ein Staat beschaffen sein mag, er wird die Verhütung solcher Schwächungen der nationalen Wirtschaft stets als eine seiner Aufgaben empfinden. Dieser Grundgedanke darf nicht fraglos sein. Wohl aber fragt sich, wieweit der Staat bei seinen Eingriffen gehen darf, und ebenso muß es als eine offene Frage gelten, in welcher Form diese vorbeugende Tätigkeit dem angestrebten Zwecke am besten dient.

Wir waren bisher gewöhnt, bei der Regelung des sozialen Schlichtungswesens der Not und Gefahr des Augenblicks Rechnung zu tragen, und haben andere Gesichtspunkte außer acht lassen müssen. Die große Erschütterung und Zerrüttung der Produktion und des Verkehrs durch die Streikwelle, die mit dem Debirium der Niederlage über das Land hereinbrach, hat uns genötigt, Schutzdämme zu errichten, um den Wirtschaftsfrieden besser zu sichern. Es wäre töricht, das heute zu tadeln. Es war eine selbstverständliche Notmaßnahme. Sie war schlechthin unentbehrlich. Doch darf uns das nicht hindern, allmählich an größere Zusammenhänge zu denken und uns der Folgen der heutigen Methode bewußt zu werden. Der Träger des Schlichtungswesens ist ja der Staat, nicht eine freie Vereinigung. Der Staat aber ist eine Sache für sich. Was der Staat tut, hat eine besondere Bedeutung. Das dürfen wir nicht außer acht lassen, wenn wir dem Staate Aufgaben zuweisen.

Der Staat ist vor allem Machtorganisation nach außen. Er ist vor allem die Form, in der eine Nation als geschichtliche Individualität handelt. Die machtvolle Vertretung der Nation nach außen ist sein erstes und vornehmster, und neben der Rechtsordnung im Innern sein eigentlicher Sinn und Zweck. Man kann ihn darnach andere Aufgaben zuweisen. Im letzten Menschenalter ist das zugunsten geschehen. Aber dies geschieht immer auf Kosten seines eigentlichen Lebenszwecks. Je mehr der Staat mit wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben belastet wird, um so mehr muß er in den Streit der Interessengruppen hineingezogen. Er muß mit seiner Autorität Eingriffe und Maßnahmen decken, die ein Teil seiner Bürger als Schädigung empfindet. Alles Bemühen der Staatsorgane um Unparteilichkeit wird nicht verhindern können, daß der Staat den Beteiligten, insbesondere denen, die sich durch seine Eingriffe geschädigt fühlen, als Partei erscheint. Der Staat verliert seinen geschichtlichen Charakter. Er hört in der Vorstellung seiner Bürger auf, die machtpolitische Vertretung der Nation zu sein. Er erscheint vielmehr als die Herrschaftsorganisation des jeweils herrschenden Klasse. Diese Ohnmacht lastete dem kaiserlichen Deutschland an. Der kaiserliche Staat galt einem großen Teile seiner Bürger als der Staat der Besitzenden. Er ermangelte infolgedessen der sittlichen Autorität, welche das eigentliche Fundament seiner Kraft ist, so bald sie sich kämpfend nach außen zu kehren hat.

Die lebende Generation hat sich daran gewöhnt, die staatliche Organisation mehr und mehr mit nichtstaatlichen Aufgaben zu belasten. Dieser Vorgang scheint für eine natürliche und notwendige Entwicklung. Heute sehen wir das Ergebnis. Der Staat als Machtorganisation nach außen wurde um so schwächer, je mehr seine Organisation im Innern, im wirtschaftlichen und sozialen Leben von den widerstreitenden Belangen und von den neuzugeschnittenen Aufgaben in Anspruch genommen wurde. Er wurde ein Machtinstrument im inneren Leben der Nation, aber er wurde es auf Kosten seiner Macht nach außen. Dieser Belastung hatte sich nicht verschließen, wenn man die Stellung des Staates zum sozialen Schlichtungswesen überprüft. Aber hierbei von dem geschichtlichen Lebenszwecke des Staates entgleist (was man tun muß, weil hier der Lebenszweck der Nation ist), wird dahin kommen, eine Entwicklung zu wünschen, in der sich der Staat aus den wirtschaftlichen und sozialen Stellungen zurückzieht und die auf den gegebenen Gebieten herrschenden Kräfte sich ausgleichen lässt und enthält, die nichtstaatlichen Funktionen des Staates zu übernehmen.

Wir müssen das Vorurteil überwinden, daß in allen Noten der Staat einzugreifen habe. Es gibt Zeiten, wo die inneren Spannungen ein Eingreifen des Staates fordern. Es sind das jedesmal Zeiten des Niedergangs. So mußte der Staat die noch vorhandenen und wehrfähe industrielle Arbeiterschaft vor den Wirkungen einer neuen, traditionslosen Produktionsweise schützen und hat von der Schulle und aus ihren natürlichen Gemeinschaften gelösten Industriearbeitern einen Halt für die Lebenskräfte schaffen. Er mußte einer Jugend und jugendlichen Gesellschaft den Weg zu den großen Weltmärkten ebnen. Jedesmal waren es Augenblicke in einer fließenden Entwicklung, die den Eingriff des Staates herbeiführten. Daraus ist eine Gewohnheit, fast ein Grundsatz geworden. Der in die Wirtschaft eingeflochtene Staat, der Staat als gesellschaftlicher Regulator wurde der höhere Staatstypus. Unsere